Medienmitteilung zum Start der Vernehmlassung für ein Leistungsschutzrecht

Überparteiliche Allianz für ein wirksames Leistungsschutzrecht

Das Schweizer Urheberrecht soll an die digitale Entwicklung angepasst werden. Für die überparteiliche «Allianz Pro Leistungsschutzrecht» ist klar: Die internationalen Tech-Plattformen müssen die Nutzung von journalistischen Inhalten fair vergüten, ansonsten der Schweizer Medienplatz, der für die demokratische Meinungsbildung zentral ist, von den Suchmaschinen, Plattformen und Künstlichen Intelligenzen nachhaltig geschädigt wird.

Zürich, 24. Mai 2023

Die neu gegründete Allianz «Pro Leistungsschutzrecht» unterstützt den Bundesrat, der in der Schweiz ein wirksames Leistungsschutzrecht für journalistische Inhalte einführen will. Heute besteht in der Schweiz eine Gesetzeslücke, weshalb die internationalen Tech-Plattformen die Inhalte von Schweizer Medienhäusern zum eigenen Vorteil übernehmen können, ohne diese Nutzung vergüten zu müssen. Dies muss sich ändern.

Mit dem Leistungsschutzrecht werden die Schweizer Medienunternehmen, die hunderte Millionen Franken in den Journalismus investieren, künftig für ihren Aufwand angemessen vergütet. Beteiligt werden sollen auch die Medienschaffenden selbst. Die «Allianz Pro Leistungsschutzrecht», welche aus Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien, den führenden Verbänden der Medienbranche, dem Berufsverband der Journalistinnen und Journalisten (impressum), dem Dachverband der Kulturschaffenden in der Schweiz (suisseculture) sowie aus weiteren Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Kultur besteht, begrüsst die Gesetzesvorlage, welche soeben vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt wurde.

Vorschlag des Bundesrates geht in die richtige Richtung

Die «Allianz Pro Leistungsschutzrecht» unterstützt eine nachhaltige Digitalisierung der Schweiz. Dabei spielen die internationalen Tech-Plattformen eine wichtige Rolle. Diese sollen hierzulande gute Rahmenbedingungen vorfinden. Im Gegenzug sind die internationalen Tech-Giganten angehalten, ihre dominante Marktmacht nicht zum Schaden der Schweizer Wirtschaft, der Schweizer Arbeitnehmenden und letztlich der Konsumentinnen und Konsumenten auszunutzen.

Gemäss Vorlage des Bundesrates sollen die internationalen Tech-Plattformen künftig eine Abgeltung leisten müssen, wenn sie journalistische Inhalte von Schweizer Medienhäuser zum eigenen Vorteil nutzen. Dabei will der Bundesrat, dass von der Regelung auch kleinere Medienunternehmen sowie die Medienschaffenden selbst profitieren. Diese Ausgestaltung, welche gerade auch die Bedeutung die kleineren Medienhäuser und der Journalistinnen und Journalisten hervorhebt, unterstützt die «Allianz Pro Leistungsschutzrecht» ausdrücklich. Der Allianz geht es um einen lebendigen Schweizer Medienplatz, der bereits heute durch das Geschäftsgebaren der internationalen Tech-Giganten bedrängt, und ohne Regulierung nachhaltig geschädigt werden wird.

„Eine neue Studie von FehrAdvice & Partners, welche von Top-Ökonomen der ETH Zürich und der Universität Zürich wissenschaftlich begleitet , belegt eindrücklich, warum eine faire Vergütung an die Medienunternehmen gerechtfertigt und notwendig ist. Die Studie beziffert die Summe, welche Google an die Schweizer Medien zu entrichten hätte, auf mindestens 154 Millionen Franken. Weitere Informationen dazu finden sich auf: www.fehradvice.com/leistungsschutz.

Leistungsschutz muss künftige Entwicklungen (Künstliche Intelligenz) abdecken

Auf der Ebene der EU, den europäischen sowie vielen anderen Ländern hat sich das Leistungsschutzrecht als Standard bereits durchgesetzt. Die Schweiz darf und kann keine Ausnahme sein, da ansonsten das geistige Eigentum hierzulande weniger geschützt wäre als in den Nachbarländern. Damit würde ausgerechnet der demokratierelevante Medienplatz Schweiz international ins Hintertreffen gelangen und im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden. Denn der Schutz der Arbeitnehmenden sowie der Konsumentinnen und Konsumenten wäre weniger ausgebaut als in den Nachbarländern.

Der «Allianz Pro Leistungsschutzrecht» ist es wichtig, dass die Vorlage zu einem Leistungsschutzrecht griffig ausgestaltet wird und bereits heute künftige Entwicklungen berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für Künstliche Intelligenzen (z.B. Chatbots wie ChatGPT), die journalistische Inhalte als Quelle ihrer Leistung verwenden und so die aufwendige journalistische Vorleistung kommerziell nutzen. Das Schweizer Leistungsschutzrecht muss auch diese Fälle abdecken.

Für Anfragen wenden Sie sich an die einzelnen Trägerinnen und Träger der Allianz oder an info@fairplayfairpay.ch. Mehr Informationen zum Gesetz, zu den Argumenten und zur Allianz finden Sie zudem auf www.fairplayfairpay.ch.

Im Namen der Allianz «Pro Leistungsschutzrecht»

Das überparteiliche Co-Präsidium:

Matthias Aebischer, Nationalrat SP, Bern
Josef Dittli, Ständerat FDP, Uri
Stefan Engler, Ständerat Die Mitte, Graubünden
Roland Fischer, Nationalrat GLP, Luzern
Hannes Germann, Ständerat SVP, Schaffhausen
Nik Gugger, Nationalrat EVP, Zürich
Lisa Mazzone, Ständerätin Grüne, Genf

FAIRPLAY
Allianz pro Leistungsschutzrecht

Die Organisationen hinter der Allianz

SCHWEIZER MEDIEN
MÉDIAS SUISSES | STAMPA SVIZZERA | SWISS MEDIA

SRG SSR

TELESUISSE
Verband der Schweizer Regionalfernsehen
Association des télévisions régionales suisses
Associazione delle televisioni regionali svizzere

MÉDIAS SUISSES
SCHWEIZER MEDIEN | STAMPA SVIZZERA | SWISS MEDIA

vsp

STAMPA SVIZZERA
SCHWEIZER MEDIEN | MÉDIAS SUISSES | SWISS MEDIA

RRR
| Radios Régionales Romandes |

v.s.r.m

UNIKOM
RADIOS

VSPF ATPS
Verband Schweizer Privat Fernsehen
Association Télévisions Privées Suisses

Die Schweizer Journalist*innen* I giornalisti svizzeri
impressum
Les journalistes suisses

suisseculture

KEYSTONE SDA

kf